

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 01/0204/WP18
Federführende Dienststelle: FB 01 - Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung Beteiligte Dienststelle/n:		Status: öffentlich
		Datum: 02.02.2022
		Verfasser/in:
Ratsanträge		
Ziele:		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
16.02.2022	Rat der Stadt Aachen	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt nimmt die fristgerecht eingereichten Ratsanträge zur Kenntnis und verweist sie gemäß § 12 Abs. 3 der Geschäftsordnung an die jeweils zuständige Stelle (Bezirksvertretung, Fachausschuss, Oberbürgermeisterin).

Sibylle Keupen

Oberbürgermeisterin

Erläuterungen:

Von den Fraktionen bzw. Ratsmitgliedern wurden Ratsanträge innerhalb der in § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat benannten Frist eingereicht, die als Anlage beigefügt sind.

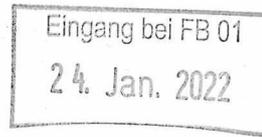
Anlage/n:

Fristgerecht eingereichte Ratsanträge



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
FRAKTION IM RAT DER STADT AACHEN

Frau
Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 215/18

FRAKTIONSVORSITZENDER
Michael Servos

Ihre Ansprechpartnerin:

Daniela Parting
Fraktionsgeschäftsführerin

Telefon:
0241 · 432 72 15
E-Mail:
daniela.parting@mail.aachen.de

Geschäftszeiten:

Montag bis Donnerstag:
08:30 bis 17.00 Uhr
Freitag:
08:30 bis 14 Uhr

Anschrift:

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Str. 1
52062 Aachen

Kontakt:

Telefon 0241 · 432 72 15
Fax 0241 · 499 44
E-Mail:
spd.fraktion@mail.aachen.de
Internet:
www.spd-aachen.de

Bankverbindung:

IBAN:
DE3639050000000199562
BIC:
AACSDE33

24.01.2022

RATSANTRAG – SPD AT 116/22

Social Co-Working-Spaces für Vereine und Bürgerinitiativen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion beantragt, im zuständigen Fachausschuss und gegebenenfalls im Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die bestehenden Räumlichkeiten in der Innenstadt sowie in den Außenbezirken, die von Vereinen und Bürgerinitiativen kostenlos für die Vereinsarbeit, Versammlungen etc. reserviert und genutzt werden können, im Ausschuss darzustellen und eventuell bestehende Bedarfe zu benennen.

Begründung

In Aachen gibt es eine Vielfalt an Vereinen und Bürgerinitiativen, in denen wertvolle ehrenamtliche Arbeit geleistet wird. Leider fehlt es diesen aber häufig an Örtlichkeiten für die Vereinsarbeit, die kostenlos genutzt werden können.

Daher wäre es wünschenswert, wenn diesen entsprechend der bestehenden Bedarfe Co-Working-Spaces mit Tischen, Stühlen, einer Internetverbindung etc. kostenlos zur Verfügung gestellt werden können, die möglichst bürokratiearm reserviert und genutzt werden können.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Servos
Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion



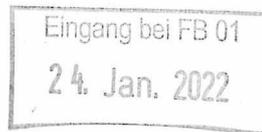
Nathalie Koentges
sozialpol. Sprecherin
SPD-Fraktion





SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
FRAKTION IM RAT DER STADT AACHEN

Frau
Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 216/18

FRAKTIONSVORSITZENDER
Michael Servos

Ihre Ansprechpartnerin:

Daniela Parting
Fraktionsgeschäftsführerin

Telefon:
0241 · 432 72 15
E-Mail:
daniela.parting@mail.aachen.de

Geschäftszeiten:

Montag bis Donnerstag:
08:30 bis 17.00 Uhr
Freitag:
08:30 bis 14 Uhr

Anschrift:

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Str. 1
52062 Aachen

Kontakt:

Telefon 0241 · 432 72 15
Fax 0241 · 499 44
E-Mail:
spd.fraktion@mail.aachen.de
Internet:
www.spd-aachen.de

Bankverbindung:

IBAN:
DE36390500000000199562
BIC:
AACSDE33

24.01.2022

RATSANTRAG – SPD AT 117/22

Umsteigerprogramm PendlerRat

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion beantragt, im zuständigen Fachausschuss und gegebenenfalls im Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen beauftragt die Verwaltung, ein Programm für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung und der städtischen Unternehmen zu entwickeln, um den Umstieg vom Auto auf das Fahrrad zu unterstützen.

Nach dem Vorbild des Mobilitätsprojekts PendlerRatD soll den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Programms eine mehrmonatige Fahrrad-Testphase ermöglicht werden. Darin soll enthalten sein:

Beratung zur optimalen Pendelstrecke mit dem Fahrrad, Verleih eines Fahrrads/Pedelecs, Einweisung in das Leihrad, Informationen zu Verkehrsregeln und Fahrtraining. Darüber hinaus soll das Programm mit zusätzlichen Anreizen verbunden sein.



In einem zweiten Schritt wird das Programm in Kooperation mit relevanten Verbänden und Akteuren auf Aachener Unternehmen ausgeweitet. Hierzu sind Direktansprachen und gegebenenfalls auch eine Förderung erforderlich.

Begründung

Die Stadt Aachen fördert auf vielfältige Art und Weise den Radverkehr. Mit der Zustimmung des Rates zum Bürgerbegehren „Radentscheid Aachen“ in der letzten Wahlperiode, ist der Ausbau einer sicheren und komfortablen Infrastruktur zum erklärten Ziel geworden.

Das Fahrrad könnte aber bereits heute auf wichtigen Korridoren eine viel größere Rolle spielen. Aus umfangreichen Studien ist bekannt, dass rund die Hälfte der Wege in Aachen kürzer als 5 Kilometer sind. Viele dieser Wege werden aktuell mit dem Auto zurückgelegt.

Der Umstieg vom Auto auf das Fahrrad ist aber offensichtlich für viele Pendlerinnen und Pendler nicht leicht. Dies ist nicht verwunderlich, da der stressige Alltag vieler Menschen keinen Freiraum für das Ausprobieren anderer Mobilitätsangebote lässt. Hier gilt es Anreize zu setzen und umsteigewillige Autofahrerinnen und Autofahrer nachhaltig zu unterstützen.

Das vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur geförderte Mobilitätsprojekt PendlerRatD hat das Potenzial eines solchen-Umsteigerprogramms in Heilbronn und Stuttgart eindrücklich vor Augen geführt.



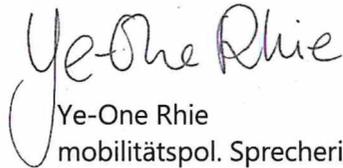
Auch in Aachen können wir schon heute beginnen und müssen nicht auf die erforderliche Umgestaltung des Straßenraums warten.

Weitere Informationen unter www.pendlerratd.com

Mit freundlichen Grüßen



Michael Servos
Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion



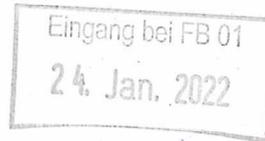
Ye-One Rhie
mobilitätspol. Sprecherin
SPD-Fraktion





SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
FRAKTION IM RAT DER STADT AACHEN

Frau
Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 217/18

FRAKTIONSVORSITZENDER
Michael Servos

Ihre Ansprechpartnerin:

Daniela Parting
Fraktionsgeschäftsführerin

Telefon:
0241 · 432 72 15
E-Mail:
daniela.parting@mail.aachen.de

Geschäftszeiten:

Montag bis Donnerstag:
08:30 bis 17.00 Uhr
Freitag:
08:30 bis 14 Uhr

Anschrift:

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Str. 1
52062 Aachen

Kontakt:

Telefon 0241 · 432 72 15
Fax 0241 · 499 44
E-Mail:
spd.fraktion@mail.aachen.de
Internet:
www.spd-aachen.de

Bankverbindung:

IBAN:
DE3639050000000199562
BIC:
AACSDE33

24.01.2022

RATSANTRAG – SPD AT 118/22
Nutzungskonzepte für freierwerdende städtische Immobilien

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion beantragt, im zuständigen Fachausschuss und gegebenenfalls im Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, für zukünftig freierwerdende städtische Immobilien, wie in den Bereichen Adalbertsteinweg, Reumontstraße und Beginenstraße, zukünftige Nutzungskonzepte zu entwickeln und in den zuständigen Fachausschüssen vorzustellen.

Begründung

Es ist abzusehen, dass in nicht allzu ferner Zukunft die o.a. Immobilien in städtischer Hand deutliche Nutzungsänderungen erfahren. Es ist deshalb ratsam, sich bereits jetzt Gedanken über zukünftige Nutzungsmöglichkeiten zu machen.



Angesichts der angespannten Wohnungssituation bietet sich hier auch die Neuschaffung von Wohnraum an.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Servos
Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion



Norbert Plum
planungspol. Sprecher
SPD-Fraktion





SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
FRAKTION IM RAT DER STADT AACHEN

Frau
Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

27. Jan. 2022

Nr. 218/18

FRAKTIONSVORSITZENDER
Michael Servos

Ihre Ansprechpartnerin:

Daniela Parting
Fraktionsgeschäftsführerin

Telefon:
0241 · 432 72 15
E-Mail:
daniela.parting@mail.aachen.de

Geschäftszeiten:

Montag bis Donnerstag:
08:30 bis 17:00 Uhr
Freitag:
08:30 bis 14 Uhr

Anschrift:

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Str. 1
52062 Aachen

Kontakt:

Telefon 0241 · 432 72 15
Fax 0241 · 499 44
E-Mail:
spd.fraktion@mail.aachen.de
Internet:
www.spd-aachen.de

Bankverbindung:

IBAN:
DE36390500000000199562
BIC:
AACSDE33

27.01.2022

RATSANTRAG – SPD AT 119/22

Wahlen barrierefrei durchführen - Beteiligung von Menschen mit Behinderung am öffentlichen Leben

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion beantragt, im zuständigen Fachausschuss und gegebenenfalls im Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird gebeten, die anstehenden Wahlen grundsätzlich barrierefrei durchzuführen.

Dies heißt:

- Die Wahllokale müssen direkt mit dem ÖPNV erreichbar sein;
- Vor den Wahllokalen in unmittelbarer Nähe sind ausreichend temporäre Behindertenparkplätze vorzusehen;
- Ein temporäres Leitsystem ist zu verlegen, vor allem aber müssen die Wege frei von jeglichen Hindernissen sein (keine Blumenkübel, Mülltonnen o. ä. bis zu einer Höhe von 2,30 m). Alternativ ist Personal vorzusehen, welches den Weg in die Wahllokale leitet;
- Die Wahllokale sind in der Nähe der Behindertenparkplätze vorzusehen. Es darf kein teils 100 m weiter Weg zurückzulegen sein (wie bspw. in der Matarestraße), um das Wahllokal zu erreichen.



- Wahllokale, in denen Stufen zu bewältigen sind, sind entweder woanders anzusiedeln oder aber zumindest mit mobilen Rampen auszustatten;
- Die Außenanlagen und die Zugänge sind ausreichend zu beleuchten und der Bodenbelag muss gut berollbar sein;
- Dass alle Türen breit genug sein (mind. 90 cm) müssen und diese nach Möglichkeit automatisch geöffnet werden oder aber zumindest ohne großen Kraftaufwand zu öffnen sind.

Begründung

Die Wahlen sind ein hohes demokratisches Gut, welches es zu schützen gilt. Damit alle Menschen daran teilhaben können, bitten wir die o.g. Punkte umzusetzen.

Hierdurch wird eine umfassende und aktive Teilhabe von Menschen mit Behinderung am politischen und öffentlichen Leben gewährleistet.

In Artikel 29 garantiert die UN-Behindertenrechtskonvention behinderten Menschen die politischen Rechte und die Möglichkeit, diese gleichberechtigt mit anderen beanspruchen zu können. Gleichzeitig beschreibt die Konvention die Pflicht der Vertragsstaaten, sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen am politischen und öffentlichen Leben teilhaben können. Diese Regelung in Artikel 29 der UN-Behindertenrechtskonvention bezieht sich auf Artikel 25 des UN-Zivilpakts und Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.



Konkretisierend legt Artikel 29 bezüglich des aktiven Wahlrechts fest, dass Wahlverfahren, Wahleinrichtungen und Wahlmaterialien geeignet, zugänglich sowie leicht zu verstehen und zu handhaben sein müssen. Bei der Stimmabgabe sollen die Vertragsstaaten erlauben, dass sich Menschen mit Behinderungen im Bedarfsfall auf ihren Wunsch bei der Stimmabgabe durch eine Person ihrer eigenen Wahl unterstützen lassen.

Mit freundlichen Grüßen



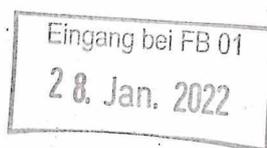
Michael Servos
Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion



Nathalie Koentges
sozialpol. Sprecherin
SPD-Fraktion



Grüne Fraktion im Rat der Stadt - 52062 Aachen
Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen



Nr. 219/18

Geschäftsstelle
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

Grüne 0241 / 432 -7217
Antrag Nr. 02/2022

Aachen, 25.01.2022

Ratsantrag

Nutzungskonzept des städtischen Grundstücks Reumontstraße 1-5 und Rahmenplanung Quartier Reumontstraße / Leonhardstraße

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, für die städtische Liegenschaft Reumontstr.1-5 (Umweltamt / „Chinahauss“) ein Nutzungskonzept zu entwickeln.

Das Nutzungskonzept soll insbesondere unter Beteiligung des Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration erarbeitet werden.

Mit dem Nutzungskonzept soll im Rahmen einer Machbarkeitsuntersuchung eine städtebaulich verträgliche Baumasse ermittelt werden.

Weiterhin beauftragt der Rat die Verwaltung, für das Quartier Reumontstraße / Leonhardstraße eine Rahmenplanung zu erstellen.

Begründung

Mit der Entscheidung, den Standort des Umweltamts zu verlagern, wird das städtische Grundstück Reumontstraße 1-5 frei und kann einer anderen Nutzung zugeführt werden.

Angesichts des immensen Bedarfs an Wohnraum und sozialer Infrastruktur ist es wichtig, Liegenschaften im eigenen Besitz nicht unnötig lange ungenutzt zu lassen. Daher ist es notwendig, bereits jetzt konkrete Überlegungen und Planungen anzugehen, so dass mit dem Freiwerden des Grundstücks eine Umsetzung der Grundstücksentwicklung erfolgen kann.

Über den Sozialentwicklungsplan und den Wohnungsmarktbericht liegen gute Erkenntnisse und Grundlagen vor, fundiert und schnell einen ausgewogenen und am Bedarf orientierten Nutzungsmix zu entwickeln und zur Entscheidung vorzulegen. Insbesondere die Bedarfe für Wohnungslose könnten

hier von Interesse sein, auch da die Grundstücksgröße eine Baumasse ermöglicht, die einen guten und robusten Nutzungsmix zulässt, ohne dass nur eine Nutzung dominiert.

Mit dem BlueGate und dem geförderten studentischen Wohnungsbau der GeWoGe wandelt sich der Standort an der Burtscheider Brücke enorm. Hier entstehen ein neuer Stadteingang und eine erhebliche Steigerung der Nutzungsdichte. Insofern sollte im Zuge einer Rahmenplanung der Block zwischen Reumont- und Leonhardstraße auf seine Potenziale untersucht werden, um auch privaten Eigentümer*innen Investitionsimpulse und Orientierung zu geben.

Mit freundlichen Grüßen



Monika Wenzel

Fraktionssprecherin GRÜNE

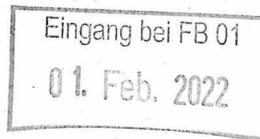


Kaj Neumann

Fraktionssprecher GRÜNE

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Frau
Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen



Nr. 220/18

Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Aachen
Verwaltungsgebäude Katschhof
Räume 137 – 139
52058 Aachen
Telephon: 0241 / 432 7244
fraktion.dielinke@mail.aachen.de

Aachen, 1. Februar 2022

RATSANTRAG

Entflechtung der Eigentümerstruktur Bushof

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt zur Entwicklung des Bushofgebäudes eine Entflechtung der Eigentümerstruktur zu erwirken.

Begründung

Der Stadtbaustein Bushof und die umgebenden Flächen sind ein zentraler Bestandteil des Veränderungsprozesses der östlichen Innenstadt. Eine örtliche Veränderung kann nur gelingen, wenn die Eigentümerstruktur des Bushofgebäudes neu geordnet wird. Die heute gegebene, räumlich verzahnte Eigentümerstruktur erschwert in besonderer Weise eine sinnvolle Transformation des gesamten Areals.

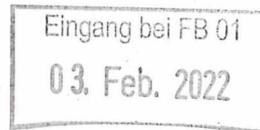
Mit freundlichen Grüßen

Leo Deumens

Marc Beus

Grüne Fraktion im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen



Nr. 221/18

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

Grüne 0241 / 432 -7217

Antrag Nr. 03/2022

CDU 0241 / 432 -7211

Aachen, 03.02.2022

Ratsantrag

Modernisierung der Einrichtungen für wohnungslose und geflüchtete Menschen in der Stadt Aachen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNEN und CDU beantragen, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, im Jahr 2022 ein Gutachten über den Zustand der städtischen Unterkünfte für wohnungslose und geflüchtete Menschen zu erstellen.

Die Verwaltung wird zudem beauftragt, ab dem Jahr 2023 mit der Umsetzung der erforderlichen baulichen Maßnahmen zu beginnen.

Begründung:

In Fällen unfreiwilliger Wohnungslosigkeit kann eine Unterbringung durch die Stadt erfolgen. Geflüchtete Menschen wohnen ebenfalls zeitweise in städtischen Unterkünften. Dazu stehen in der Stadt dezentral verschiedene Einrichtungen zu Verfügung.

Die städtischen Unterkünfte für Wohnungslose und Geflüchtete sind in Teilen stark sanierungsbedürftig. Dies betrifft insbesondere auch die technische Ausstattung. Der Sanierungsbedarf soll im Jahr 2022 durch ein bauliches Gutachten untersucht werden. Daran anschließend sollen die notwendigen baulichen Maßnahmen umgesetzt werden. Kleinere Maßnahmen, wie z.B. die Versorgung der Unterkünfte mit WLAN sollen kurzfristig erfolgen.

GRÜNE

Fraktion im Rat der Stadt Aachen



CDU

FRAKTION IM RAT
DER STADT AACHEN

Die Unterbringung von wohnungslosen und geflüchteten Menschen ist eine wichtige soziale Pflichtaufgabe der Stadt Aachen und muss auch in Zukunft zu einem guten Standard erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen

Moni Wenzel

Fraktionssprecherin GRÜNE

Franca Braun

Sozialpolitische Sprecherin GRÜNE

Hilde Scheidt

Bürgermeisterin

Iris Lürken

Fraktionsvorsitzende CDU

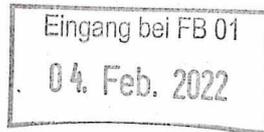
Holger Brantin

Sozialpolitischer Sprecher CDU



Grüne Fraktion im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen



Nr. 222/18

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

Grüne 0241 / 432 -7217

Antrag Nr. 04/2022

CDU 0241 / 432 -7211

Aachen, 04.02.2022

Ratsantrag

Pilotprojekt: Housing First

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von GRÜNEN und CDU beantragen, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den in der örtlichen Wohnungslosenhilfe tätigen Organisationen ein Konzept für ein Aachener Pilotprojekt „Housing First“ zu erarbeiten.

Die Verwaltung wird ferner beauftragt, zu prüfen, wie der für die Durchführung des Pilotprojekts notwendige Wohnraum sinnvollerweise zur Verfügung gestellt werden kann. Dabei sind insbesondere der Erwerb von Wohnungen durch die Stadt Aachen bzw. Ihre Beteiligungen oder durch einen Sozialträger in Betracht zu ziehen.

Begründung:

Das langfristige Ziel aller Bemühungen der Wohnungslosenhilfe ist die Ermöglichung von geordneten Lebensverhältnissen für die Betroffenen und letztlich die Beendigung der Wohnungslosigkeit. Der aus den USA stammende „Housing First“-Ansatz setzt dabei die Beendigung der Wohnungslosigkeit an die erste Stelle. Wohnungslosen Menschen wird zunächst der Bezug einer regulären Wohnung ermöglicht, ohne dass Betroffene ihre „Wohnungsfähigkeit“ unter Beweis stellen müssen. Die Zurverfügungstellung von Wohnraum ist nicht an die Erfüllung von Auflagen und Wohlverhalten gekoppelt. Auf dieser Basis werden die Betroffenen dann beim Aufbau geordneter Lebensverhältnisse unterstützt.

Das „Housing First“-Prinzip ist im Jahr 2017 in NRW in verschiedenen Großstädten gestartet, dort konnten wertvolle Erfahrungen getätigt werden und erste Erfolge zeigen sich. Auch in Aachen möchten wir das im Rahmen eines Pilotprojekts erproben.

GRÜNE

Fraktion im Rat der Stadt Aachen



CDU

FRAKTION IM RAT
DER STADT AACHEN

Ein entsprechendes Konzept soll gemeinsam mit den in der Wohnungslosenhilfe tätigen, örtlichen Organisationen erarbeitet werden.

Für die Durchführung des Pilotprojekts werden Wohnungen benötigt. Daher soll auch geprüft werden, wie diese sinnvollerweise zur Verfügung gestellt werden können.

Dabei sollen auch die wirtschaftlichen Folgen für die Stadt Aachen betrachtet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Moni Wenzel

Fraktionssprecherin GRÜNE

Franca Braun

Sozialpolitische Sprecherin GRÜNE

Iris Lürken

Fraktionsvorsitzende CDU

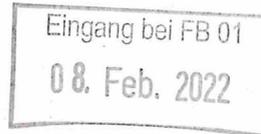
Holger Brantín

Sozialpolitischer Sprecher CDU



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
FRAKTION IM RAT DER STADT AACHEN

Frau
Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 223/18

FRAKTIONSVORSITZENDER
Michael Servos

Ihre Ansprechpartnerin:

Daniela Parting
Fraktionsgeschäftsführerin

Telefon:
0241 - 432 72 15
E-Mail:
daniela.parting@mail.aachen.de

Geschäftszeiten:

Montag bis Donnerstag:
08:30 bis 17.00 Uhr
Freitag:
08:30 bis 14 Uhr

Anschrift:

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Str. 1
52062 Aachen

Kontakt:

Telefon 0241 - 432 72 15
Fax 0241 - 499 44
E-Mail:
spd.fraktion@mail.aachen.de
Internet:
www.spd-aachen.de

Bankverbindung:

IBAN:
DE3639050000000199562
BIC:
AACSD33

08.02.2022

RATSANTRAG – SPD AT 120/22

Einrichtung eines Unterausschusses zur Finanzierung der Mobilitätsentwicklung

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion beantragt, im zuständigen Fachausschuss und gegebenenfalls im Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat möge die zeitlich befristete Einrichtung eines Unterausschusses zur Finanzierung der Mobilitätsentwicklung beschließen. Der Unterausschuss soll den Auftrag erhalten, Vorschläge zur Finanzierung des ÖPNV zu erarbeiten.

Begründung

Die mit der ASEAG „Vision 2027“ aufgerufenen Größenordnungen des zu erwartenden Finanzierungsumfangs der Mobilitätswende übersteigen Stand heute die kommunale Leistungsfähigkeit. Vor Aufstellung des Haushaltsentwurfes für 2023, mit der Finanzierungsplanung für die Folgejahre, sollten Politik und Verwaltung daher



Finanzierungsoptionen erarbeiten, die insbesondere auch dem neuen Rahmen der Konzernfinanzierung der E.V.A. folgen. Auch die regionale Dimension der Aufgabe sollte bei der Erarbeitung von Lösungen eine Rolle spielen.

Verwiesen wird an dieser Stelle auf den SPD Ratsantrag „Umsetzungs- und Finanzierungskonzept ASEAG“ aus dem Juni 2021, dessen Beantwortung Beratungsgrundlage für den Unterausschuss sein möge.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Servos
Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion



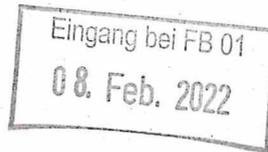
Boris Linden
finanzpol. Sprecher
SPD-Fraktion





SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
FRAKTION IM RAT DER STADT AACHEN

Frau
Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 224/18

08.02.2022
RATSANTRAG – SPD AT 121/22
Entwicklung Bushof

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion beantragt, im zuständigen Fachausschuss und gegebenenfalls im Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Bereich des gesamten Bushofareals ein Konzept zu erarbeiten, das den Bushof nach entsprechenden Umbau- und Erneuerungsmaßnahmen als Raum des Wissens ausweist, der die Bereiche VHS und Stadtbücherei, ggfls. unter Einbeziehung benachbarter Immobilien, aufnimmt.

Begründung

Die SPD Fraktion unterstützt nachdrücklich die erneut in die Diskussion gebrachten Überlegungen zur Stärkung der Eigentümereigenschaft der Stadt im Bereich Bushof.

Unabhängig davon, erscheint es aber angebracht, bereits jetzt Überlegungen anzustellen, wie der Gesamttraum besser und stadtverträglicher gestaltet werden kann.

FRAKTIONSVORSITZENDER
Michael Servos

Ihre Ansprechpartnerin:

Daniela Parting
Fraktionsgeschäftsführerin

Telefon:
0241 - 432 72 15
E-Mail:
daniela.parting@mail.aachen.de

Geschäftszeiten:

Montag bis Donnerstag:
08:30 bis 17.00 Uhr
Freitag:
08:30 bis 14 Uhr

Anschrift:

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Str. 1
52062 Aachen

Kontakt:

Telefon 0241 - 432 72 15
Fax 0241 - 499 44
E-Mail:
spd.fraktion@mail.aachen.de
Internet:
www.spd-aachen.de

Bankverbindung:

IBAN:
DE36390500000000199562
BIC:
AACSD33



Hierbei kann es eine maßgebliche Rolle spielen, dass die städtischen Einrichtungen VHS und Stadtbücherei auf der Suche nach neuen Unterbringungsmöglichkeiten sind. Da beide im bzw. in der Nähe des Bushofs untergebracht sind, bietet es sich an, den sowieso erforderlichen Umbau des genannten Gebäudes in Verbindung zu setzen mit dem Wunsch dieser Institutionen auf eine angemessenere Unterbringung.

Dabei erscheint das Gebäude Bushof so groß, dass z.B. die während der Umbauarbeiten erforderliche Zwischenunterbringung der VHS innerhalb des Gebäudes bewerkstelligt werden kann.

Die dargestellten Nutzungen können unabhängig von der Eigentümerstruktur am Bushof umgesetzt werden, setzen allenfalls eine gemeinsame Bereitschaft der jetzigen Eigentümer heraus, die durch die Verwaltung hergestellt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Servos
Fraktionsvorsitzender
SPD-Fraktion



Norbert Plum
planungspol. Sprecher
SPD-Fraktion

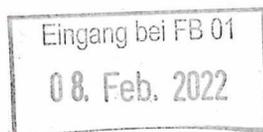


Mathias Dopatka
Vorsitzender Bürgerforum
SPD-Fraktion



Grüne- und CDU-Fraktion im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen



Nr. 225/18

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

Grüne 0241 / 432 -7217

Antrag Nr. 05 /2022

CDU 0241 / 432 -7211

Antrag 22.007

Aachen, 08.02.2022

Ratsantrag

Mehr Verkehrssicherheit an Grundschulen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von Grünen und CDU im Rat der Stadt Aachen beantragen, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Beantragung durch die Grundschulen und entsprechender Beschlussfassung durch die Bezirksvertretungen Dialog-Displays anzuschaffen und diese im Bereich der Grundschulen anzubringen.

Begründung:

Kinder sind im Straßenverkehr besonderen Gefahren ausgesetzt. Deshalb gilt vor allen Aachener Grundschulen 30 Kilometer pro Stunde als zulässige Höchstgeschwindigkeit. Leider befolgen nicht alle Verkehrsteilnehmenden diese Regelung.

Es ist belegt, dass gerade Dialog-Displays, genannt "Smiley-Tafeln", zu einem regelkonformen Fahrverhalten beitragen können.

Einige Stadtbezirke nutzen diese Anlagen mit großem Erfolg. Sie sind derzeit aber nur in geringer Stückzahl vorhanden und müssen ständig umgehängt werden, um alle Gefahrenstellen abzudecken.

Den Grundschulen, in deren Umfeld der Bedarf für ein Dialog-Display gesehen wird, soll es ermöglicht werden, ein solches zu beantragen. Nach Zustimmung der zuständigen Bezirksvertretung soll die Verwaltung das Dialog-Display anschaffen und im Bereich der Grundschule anbringen. Hierfür werden in den Haushaltsjahren 2022 und 2023 insgesamt 200.000 Euro zur Verfügung gestellt.

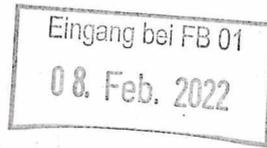
Mit freundlichen Grüßen

Moni Wenzel
Fraktionssprecherin GRÜNE

Iris Lürken
Fraktionsvorsitzende CDU

Grüne Fraktion im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen



Nr. 226/18

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

Grüne 0241 / 432 -7217

Antrag Nr. 06 /2022

CDU 0241 / 432 -7211

Antrag 22.008

Aachen, 08.02.2022

Ratsantrag

Stärkung des Park-and-Ride-Angebots während der Bauarbeiten an der Brücke „Turmstraße“

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von Grünen und CDU im Rat der Stadt Aachen beantragen, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, während der Bauarbeiten an der Brücke „Turmstraße“ Maßnahmen zur Stärkung des Park-and-Ride-Angebots in Richtung des Kernbereichs der Innenstadt sowie des außerhalb des Alleerings gelegenen Teil des Campus Mitte der RWTH umzusetzen.

Begründung:

Der Abriss und Neubau der Brücke „Turmstraße“ ab Mai diesen Jahres wird erheblichen Einfluss auf die Verkehrsströme im westlichen Teil der Aachener Innenstadt haben. Dies gilt für Autofahrende, zu Fuß Gehende und Radfahrende gleichermaßen. Betroffen werden nicht nur diejenigen sein, die sich bisher auf oder entlang der Turmstraße bewegen. Auch der Querungsverkehr wird erheblichen Beeinträchtigungen unterliegen. Dadurch wird insbesondere der Campus „Mitte“ der RWTH verkehrlich durchschnitten. Dies führt zu einer schlechteren Erreichbarkeit des Kernbereichs der Innenstadt aus westlicher Richtung und des Campus Mitte der RWTH.

Zur Begegnung dieser Herausforderung bietet sich eine Stärkung des Park-and-Ride-Angebots an.

Die bei der Planung und Durchführung der Maßnahmen gewinnbaren Erkenntnisse sollen Grundlage für weitere Schritte zur Stärkung des Park-and-Ride-Angebots in Aachen sein. Daher ist eine fortlaufende Evaluation empfehlenswert.

Die Planung und Umsetzung der Maßnahmen soll in Abstimmung mit der RWTH erfolgen, damit die Interessen der Hochschulangehörigen bestmögliche Berücksichtigung finden können.

Mit freundlichen Grüßen

Moni Wenzel

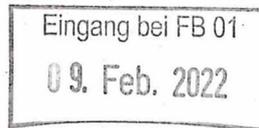
Fraktionssprecherin GRÜNE

Iris Lürken

Fraktionsvorsitzende CDU

Fraktionen im Rat der Stadt – 52058 Aachen

Frau Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 227/18

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

Grüne	0241 / 432 -7217
CDU	0241 / 432 -7211
SPD	0241 / 432 -7215
Zukunft	0241 / 432 -7266
Linke	0241 / 432 -7244
FDP	0241 / 432 -7224

Aachen, den 09.02.2022

RATSANTRAG

Digitales Stadtarchiv

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von Grüne, CDU, SPD, Die Zukunft, Die Linke und FDP im Rat der Stadt Aachen beantragen, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen organisatorischen, finanziellen und personellen Maßnahmen zu treffen, um eine Fortführung der Digitalisierung des Stadtarchivs zu gewährleisten.

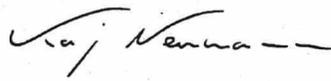
Begründung:

Das Stadtarchiv erfüllt mit der archivalischen Dokumentation von Verwaltungshandeln eine gesamtstädtische Pflichtaufgabe. Die digitale Erfassung von Dokumenten ist ein notwendiger Modernisierungsschritt, der von den Mitarbeitern des Archivs nicht allein geleistet werden kann. Die IT-Assistenz muss dem Archiv durch Expertise von außen zugeführt werden.

Bislang wurde eine zusätzliche IT-Stelle im Archiv durch Fördermittel aus dem auf 3 Jahre begrenzten Programm „digitale Modellregion Aachen“ finanziert. Dieses Programm läuft im August 2022 aus. Es ist sinnvoll, die angestoßenen Aktivitäten zur Digitalisierung des Archivs auch

nach dem Auslaufen der Förderung fortzuführen. Auf diese Weise kann ein modernes Arbeitsumfeld für die Mitarbeitenden und ein einfacher Zugriff für Interessierte erreicht werden.

Mit freundlichen Grüßen



Kaj Neumann

Sprecher
Grüne Fraktion



Iris Lürken

Vorsitzende
CDU-Fraktion



Michael Servos

Vorsitzender
SPD-Fraktion



Jörg Bogoczek

Sprecher
Fraktion DIE Zukunft



Leo Deumens

Vorsitzender
Fraktion Die Linke



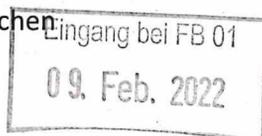
Wilhelm Helg

Vorsitzender
FDP-Fraktion

**CDU**FRAKTION IM RAT
DER STADT AACHEN

CDU-Fraktion im Rat der Stadt – 52058 Aachen

An die
Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen
Frau Sibylle Keupen
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 228/18

Geschäftsstelle:
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen
Raum 111

Telefon 0241 / 432 7211
Fax 0241 / 432 7222
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de

CDU 22.011

Aachen, den 09.02.2022

RATSANTRAG**Smarte Sitzbänke**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen beantragt im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete Standorte für Smarte Sitzbänke zu benennen und diese nach Beschlussfassung durch die jeweils örtlich zuständige Bezirksvertretung aufzustellen.

Begründung

Smarte Sitzbänke sind mit Photovoltaikzellen und Anschlüssen zum Laden mobiler Endgeräte ausgestattete Stadtmöbel. Durch die Photovoltaikzellen kann eine klimafreundliche und kostengünstige Stromerzeugung gewährleistet werden. Zudem existieren Modelle, die über einen integrierten Bildschirm zum Anzeigen von Informationen und sogar zur Interaktion mit dem Nutzer verfügen. Die Bänke können zudem mit WLAN-Hotspots ausgestattet werden.

Gerade für Touristinnen und Touristen sowie andere Gäste unserer Stadt sind diese öffentlichen Lademöglichkeiten besonders attraktiv. Doch auch für viele Aachenerinnen und Aachener können sie einen Mehrwert im Alltag bieten. Smarte Sitzbänke mit integrierten Bildschirmen könnten an Bushaltestellen Abfahrtszeiten in Echtzeit anzeigen, auf kulturelle und

sonstige Veranstaltungen hinweisen oder einen interaktiven Stadtplan anbieten. Als Hotspots könnten sie das erklärte Ziel der Ausweitung der WLAN-Verfügbarkeit im öffentlichen Raum unterstützen. Die Nutzungsmöglichkeiten sind vielseitig. Smarte Bänke würden darüber hinaus den Charakter Aachens als Oberzentrum einer digitalen Modellregion nochmals unterstreichen.

Die Verwaltung soll zunächst geeignete Standorte für Smarte Sitzbänke ermitteln. Dabei sind Einsatzmöglichkeiten integrierter Bildschirme zu berücksichtigen. Im Anschluss sollen die Bezirksvertretungen über die Standorte der Smarten Sitzbänke in ihrem Bezirk beschließen, bevor die Bänke durch die Verwaltung aufgestellt werden.



Iris Lürken
Fraktionsvorsitzende

**CDU**FRAKTION IM RAT
DER STADT AACHEN

CDU-Fraktion im Rat der Stadt – 52058 Aachen

An die
Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen
Frau Sibylle Keupen
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

09. Feb. 2022

Nr. 229/18

Geschäftsstelle:

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen
Raum 111

Telefon 0241 / 432 7211

Fax 0241 / 432 7222

cdu.fraktion@mail.aachen.de

www.cdu-fraktion-aachen.de

CDU 22.012

Aachen, den 09.02.2022

RATSANTRAG**Angsträumen mutig entgentreten**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen beantragt im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Internetplattform zur Meldung von Angsträumen einzurichten.

Die Verwaltung wird ferner beauftragt, auf Grundlage der eingegangenen Meldungen Angsträume zu identifizieren, die Ursachen der Angstgefühle zu ergründen und der örtlich zuständigen Bezirksvertretung Maßnahmen zur Aufwertung der Bereiche vorzuschlagen.

Die Verwaltung wird zudem beauftragt, im Rahmen der Stadtplanung sowie der Planung städtischer Baumaßnahmen eine Prüfung des Angstraumpotentials vorzunehmen und deren Ergebnis den zuständigen politischen Gremien vorzulegen.

Begründung

Sicherheit ist nicht nur die objektive Abwesenheit von Gefahren. Sicherheit ist insbesondere ein Gefühl. Aus einer stadtplanerischen und -gestalterischen Perspektive führt dies dazu, dass in einer Stadt Angsträume entstehen können. Dabei handelt es sich um Bereiche, in denen Menschen aufgrund der Lichtverhältnisse, der baulichen Situation oder anderer örtlicher Gegebenheiten vermehrt Angst empfinden. Auf eine tatsächliche Gefährdung kommt es dabei

nicht an. Angsträume können sich schlimmstenfalls zu No-Go-Areas mit einer faktisch erhöhten Kriminalitätsrate entwickeln.

Die Schaffung, Erhaltung und Steigerung von Sicherheit zählen zu den fundamentalen Aufgaben eines jeden politischen Handelns. Daher gilt es, Angsträume aufzuwerten und ihnen bestenfalls den furchteinflößenden Charakter zu nehmen.

Dazu soll zunächst ein Portal zur Meldung von Angsträumen eingerichtet werden. In diesem können Bürgerinnen und Bürger angeben, wo und warum sie sich unsicher fühlen. Die Meldungen sollen dann von der Verwaltung ausgewertet werden. Um trotz der subjektiven Eindrücke ein gewisses Maß an Objektivität zu gewährleisten, könnte die Auswertung sozialwissenschaftlich begleitet werden. Nach der Identifikation der Angsträume sollen ihre Ursachen ergründet werden. Nur so kann die Verwaltung in einem weiteren Schritt Vorschläge zur Aufwertung der als Angsträume erkannten Bereiche erarbeiten. Diese Vorschläge sollen dann der jeweils zuständigen Bezirksvertretung zur Beratung und Entscheidung vorgelegt werden.

Neben der Beseitigung bestehender Angsträume ist es ebenso wichtig, neue Angsträume erst gar nicht entstehen zu lassen. Daher soll die Verwaltung künftig im Rahmen der Stadtplanung sowie im Vorfeld städtischer Baumaßnahmen das Potential zur Entstehung von Angsträumen untersuchen. Die Ergebnisse sollen dann den zuständigen politischen Gremien vorgelegt werden, um die mögliche Entstehung von Angsträumen bei der Entscheidungsfindung bestmöglich berücksichtigen zu können.



Iris Lürken
Fraktionsvorsitzende

**CDU**FRAKTION IM RAT
DER STADT AACHEN

CDU-Fraktion im Rat der Stadt – 52058 Aachen

An die
Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen
Frau Sibylle Kéupen
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

09. Feb. 2022

Nr. 230/18

Geschäftsstelle:

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen
Raum 111

Telefon 0241 / 432 7211

Fax 0241 / 432 7222

cdu.fraktion@mail.aachen.de

www.cdu-fraktion-aachen.de

CDU 22.013

Aachen, den 09.02.2022

RATSANTRAG**Mehr Sicherheit im ÖPNV**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen beantragt im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Beleuchtung sämtlicher Bushaltestellen im Stadtgebiet bei Dunkelheit zu überprüfen und gegebenenfalls die notwendigen Maßnahmen zur Steigerung des Sicherheitsempfindens zu treffen.

Die Verwaltung wird ferner beauftragt, in Zusammenarbeit mit der ASEAG zu prüfen, inwiefern weiteres Sicherheitspersonal an den Haltestellen sowie in den Bussen der ASEAG eingesetzt werden kann, um die Sicherheit des ÖPNVs zu steigern.

Begründung

Im öffentlichen Raum unserer Stadt gibt es verschiedene Orte, an denen Menschen sich unsicher fühlen. Dazu zählen insbesondere Bushaltestellen sowie die Innenräume der ASEAG-Busse bei Nacht. Gerade Frauen verspüren dort nicht selten ein Gefühl der Unsicherheit. Hinzukommen unangebrachte Ansprachen, Pöbeleien bis hin zu tätigen Angriffen, die aus einer subjektiven Angst eine objektive Gefährdungslage machen.

Es ist ein erklärtes Ziel der Stadt Aachen die Attraktivität des ÖPNVs auch im Sinne des Klima- und Umweltschutzes zu steigern. Eine ausreichende Sicherheit an den Bushaltestellen sowie in den Bussen ist eine Grundvoraussetzung, um aus dem ÖPNV eine für möglichst viele Menschen ansprechende Mobilitätsform werden zu lassen.

Um die Sicherheit an den Bushaltestellen sowie in den Bussen der ASEAG zu steigern, soll ihre Ausleuchtung bei Dunkelheit überprüft und gegebenenfalls verbessert werden. Dadurch wird das subjektive Sicherheitsempfinden gesteigert. Zudem wirkt eine ausreichende Beleuchtung abschreckend auf potenzielle Täter.

Darüber hinaus soll die Verwaltung Gespräche mit der ASEAG über den verstärkten Einsatz von Sicherheitspersonal an den Bushaltestellen sowie in den Bussen führen. Dabei soll zunächst eruiert werden, an welchen Bushaltestellen, in welchen Buslinien und zu welchen Zeiten ein verstärkter Bedarf für den Einsatz von Sicherheitspersonal besteht. Auch über Finanzierungsmöglichkeiten wird zu sprechen sein. Wie eine ausreichende Beleuchtung steigert die Anwesenheit von Sicherheitspersonal das subjektive Sicherheitsempfinden der Fahrgäste und wirkt zugleich abschreckend auf potenzielle Täter. Im Bedarfsfall könnte es eingreifen, um schädigende Ereignisse zu verhindern. Möglicherweise könnte es auch bei der Fahrkartenkontrolle unterstützen.



Iris Lürken
Fraktionsvorsitzende

**CDU**FRAKTION IM RAT
DER STADT AACHEN

CDU-Fraktion im Rat der Stadt – 52058 Aachen

An die
Oberbürgermeisterin der Stadt Aachen
Frau Sibylle Keupen
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

09. Feb. 2022

Nr. 231/18

Geschäftsstelle:

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen
Raum 111

Telefon 0241 / 432 7211

Fax 0241 / 432 7222

cdu.fraktion@mail.aachen.de

www.cdu-fraktion-aachen.de

CDU 22.014

Aachen, den 09.02.2022

RATSANTRAG**Miteinander am Büchel**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Aachen beantragt im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ausleuchtung des Büchel-Quartiers zu überprüfen und gegebenenfalls die erforderlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Ausleuchtung im Sinne des Sicherheitsempfindens der Bürgerinnen und Bürger umzusetzen.

Die Verwaltung wird zudem beauftragt, gezielt Maßnahmen zur Belebung der Mefferdatisstraße anzustoßen und bereits bestehende Projekte zu unterstützen.

Die Verwaltung wird ferner beauftragt, den Ordnungs- und Sicherheitsdienst im Büchel-Quartier verstärkt einzusetzen und mit der Aachener Polizeibehörde Gespräche über eine verstärkte Polizeipräsenz in diesem Bereich zu führen.

Die Verwaltung wird zusätzlich beauftragt, einen Bürgerdialog „Miteinander am Büchel“ durchzuführen. Die Ergebnisse des Dialogs sind dem Hauptausschuss vorzustellen.

Begründung

Immer häufiger beklagt sich die Anwohnerschaft des Büchel-Quartiers und die dort ansässigen Gewerbetreibenden über nächtliche Ruhestörungen und andere unangenehme Verhaltensweisen. Diese würden oft von Personen ausgehen, die sich im Umfeld der in der

Antoniusstraße ansässigen Prostitutionsstätten aufhielten, ohne dabei in jedem Fall sexuelle Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Einige Beobachter gehen gar von einer Verlagerung der bisher am Bushof anzutreffenden Szene in den Bereich des Büchel-Quartiers aus. Diese Umstände haben gerade bei Nacht einen negativen Einfluss auf das Sicherheitsempfinden vieler Menschen.

Gleichzeitig herrscht am Büchel Aufbruchstimmung. Als städtebauliche Projektentwicklerin schafft die SEGA GmbH & Co KG ein völlig neues, innovatives Stadtviertel. In den vergangenen anderthalb Jahren ist es ihr gelungen, in einem transparenten Verfahren gemeinsam mit den Aachenerinnen und Aachenern die Grundideen für die Umgestaltung des Altstadtquartiers zu entwickeln.

Während der SEGA GmbH & Co KG unter Führung der kommunalen Planungspolitik die städtebauliche Aufwertung obliegt, steht die Stadt Aachen angesichts der oben skizzierten Entwicklung auch vor sozialen Herausforderungen. Es gilt ein gedeihliches Miteinander im Quartier zu erhalten und weiter auszubauen sowie die Bildung von Angsträumen zu verhindern. Dies hat vor dem Hintergrund der richtungweisende Grundentscheidung, dem Prostitutionsgewerbe weiterhin eine Heimat und die damit verbundene soziale Kontrolle im Herzen unserer Stadt zu bieten, eine herausragende Bedeutung.

Licht ist zentral für das Sicherheitsempfinden vieler Menschen. Aus dunklen Ecken können sich schnell Angsträume entwickeln. Daraus werden schlimmstenfalls tatsächliche Kriminalitätsschwerpunkte. Daher soll die Verwaltung die Beleuchtung des Büchel-Quartiers bei Nacht überprüfen. Sodann sind die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um eine dem Sicherheitsempfinden zuträgliche Beleuchtung zu schaffen.

Im Büchel-Quartier leidet gerade die Mefferdatisstraße unter Leerständen. Sie schmälern die Aufenthalts- und Wohnqualität. Die soziale Kontrolle verringert sich. Die Entstehung von Angsträumen wird gefördert. Für das Miteinander im Büchel-Quartier ist daher auch die Belebung der Mefferdatisstraße von großer Bedeutung. Deshalb soll die Verwaltung die dafür notwendigen Maßnahmen anstoßen. So könnten beispielsweise andere erfolgreiche Konzepte wie beispielsweise das Projekt "Ladenliebe" gezielt in der Mefferdatisstraße eingesetzt werden. Von Seiten der Bürgerschaft wurden bereits Initiativen zur Belebung des Bereichs

ergriffen. So bemühen sich beispielsweise die "Meffis" (e.V.i.G.) um ein lebendiges und vielfältiges Miteinander. Die Verwaltung wird aufgefordert solche und ähnliche Projekte gezielt zu unterstützen. Dabei ist die Politik eng miteinzubeziehen.

Oft ist eine soziale Kontrolle allein nicht ausreichend. Zur Verhinderung von Ordnungswidrigkeiten oder gar Straftaten bedarf es auch einer starken Präsenz von städtischen sowie staatlichen Ordnungs- und Sicherheitskräften. Dies gilt insbesondere in den Abend- und Nachtstunden. Daher wird die Verwaltung aufgefordert, den städtischen Ordnungs- und Sicherheitsdienst verstärkt am Büchel einzusetzen. Zugleich soll sie Gespräche mit der Polizei Aachen über eine Erhöhung der Polizeipräsenz im Quartier führen.

Idealerweise entwickeln alle Akteure zusammen Grundsätze und Maßnahmen für eine gemeinsame Zukunft im Quartier. Dafür bietet sich das Format des Bürgerdialogs an. Zu einem Bürgerdialog „Miteinander am Büchel“ sollen Vertreterinnen und Vertreter des Prostitutionsgewerbes, der Anwohnerschaft sowie der vor Ort ansässigen sonstigen Organisationen eingeladen werden. Neben Vertretern der zuständigen Fachbereiche der Verwaltung sowie der SEGA GmbH & Co KG sollen auch Vertreterinnen und Vertreter der Ratsfraktionen teilnehmen. Darüber hinaus könnten weitere Teilnehmende beispielsweise von Seiten der Aachener Polizei und sozialer Organisationen sinnvolle Beiträge leisten. Im Rahmen des Bürgerdialogs sollen die Erfahrungen und Sichtweisen der verschiedenen Akteure ausgetauscht und weitere Ansätze zur Stärkung des Miteinanders im Quartier formuliert werden. Die Ergebnisse sollen dem Hauptausschuss vorgestellt werden.

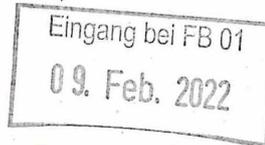
Um eine gemeinsame städtebauliche und soziale Entwicklung im Büchel-Quartier zu gewährleisten, werden alle Maßnahmen idealerweise in enger Zusammenarbeit mit der SEGA GmbH & Co KG vorbereitet und umgesetzt.



Iris Lürken
Fraktionsvorsitzende

Grüne- und CDU-Fraktion im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeisterin
Sibylle Keupen
Rathaus/Markt
52058 Aachen



Nr. 232/18

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

Grüne 0241 / 432 -7217

Antrag Nr. 07 /2022

CDU 0241 / 432 -7211

Antrag 22.009

Aachen, 09.02.2022

Ratsantrag

Zukunftswerkstatt Forst

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fraktionen von Grünen und CDU im Rat der Stadt Aachen beantragen, im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Stadtteil Forst eine Zukunftswerkstatt durchzuführen.

Begründung:

Der Stadtteil Forst ist in vielfacher Hinsicht mit sozialen Herausforderungen konfrontiert. Erschwert werden diese durch städtebauliche Defizite. So fehlt es beispielsweise an einer Ortsmitte, die als Begegnungsstätte und Identifikationspunkt dienen könnte. Bezüglich der Stärkung des Stadtteils besteht dringender Handlungsbedarf.

Sinnvollerweise sollten die Maßnahmen zur Stärkung von Forst gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern entwickelt werden. Dazu eignet sich das Format der Zukunftswerkstatt. Dabei werden in einem mehrstufigen, kommunikativen Verfahren gemeinsam mit den Betroffenen Entwicklungsperspektiven erarbeitet.

Notwendig sind eine professionelle Steuerung und Moderation, welche durch die Stadt Aachen erbracht werden könnte. Die Akteure dieser Zukunftswerkstatt sollen in erster Linie die Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtteils sein. Doch auch in Forst tätige Gewerbetreibende sowie Vertreterinnen und Vertreter von im Stadtteil aktiven Vereinen und Organisationen können sinnvolle Beiträge leisten.

Die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt sollen Grundlage für die Formulierung von städtischen Entwicklungsmaßnahmen sein und in das integrierte Handlungskonzept für die Stadtteile Aachen-Forst, Schönforst und Driescher Hof zur Anmeldung zum Förderprogramm „Soziale Stadt“ Einklang finden.

Mit freundlichen Grüßen

Moni Wenzel
Fraktionssprecherin GRÜNE

Iris Lürken
Fraktionsvorsitzende CDU